

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: 1.10 RM. ...

Organ für die werktätige Bevölkerung ...

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ ...

Die Kreditbedingungen der Industrie.

Die Industriellen verlangen Privatisierung der Staatsbetriebe.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte am Ende der vergangenen Woche in Beratungen des Präsidiums und der Generalversammlung erneut zu der Frage Stellung genommen, auf welche Weise durch eine Kreditation dem Reiche Goldsaluten zugeführt werden könnten.

Die Durchführung dieser Kreditation einschließlich der Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einklang mit der deutschen Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will.

Protestkundgebung der Eisenbahner.

Gestern waren die Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter sowie der Hauptbeamtenrat und der Hauptbetriebsrat der Reichsbahnen zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Zweckmäßigkeit der Entlastung der Reichsbahnen zu erörtern.

Reichsregierung werde hart! Gegen den Erpressungsversuch der Industrie.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Die Proteste der Eisenbahner und Gewerkschaften gegen das vaterlandslose Verhalten der Industriellen beweisen, daß die Arbeiterklasse keineswegs daran denkt, sich den neuen Plan des Kapitalismus gegen das Reich und somit gegen die Allgemeinheit gefallen zu lassen.

Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Regierung, wenn sie überhaupt noch den Namen einer autoritativen Vertretung des Staates und der durch diesen repräsentierten Allgemeininteressen verdienen will, auf Grundfrage der Förderung der Industriellen verhandeln kann.

Die Berliner „Freiheit“, die als einziges sozialistisches Blatt zu der Angelegenheit Stellung nimmt, schreibt unter dem Titel: „Größenwahnsinn des Loten“: Man muß schon sagen, die Not des Staates zu einem solchen Erpressungsversuch zu benutzen, übersteigt wirklich alles, was rücksichtslose Profitgier je gewagt hat.

Wir können uns mit dieser Forderung der „Freiheit“, sofort 25 Prozent des Kapitals aller Aktiengesellschaften dem Staat zu überweisen, zerklos einverstanden erklären.

Die Reparationskommission beim Reichskanzler.

Am Nachmittag empfing der Reichskanzler in Unwesenheit von Vertretern der beteiligten Ressorts die in Berlin eingetroffene Reparationskommission, die von ihrem Präsidenten, Herrn Dubois, geführt wurde.

Die Richtlinien der preußischen Regierung.

Der Landtag hielt am Donnerstag Nachmittag eine Sitzung ab, in der Ministerpräsident Traub zunächst das neue preußische Kabinett und darauf im Namen des Kabinetts eine Erklärung abgab, die etwa folgendermaßen lautete:

allgemeinen Richtlinien

aufzuzeichnen, die für die Politik des neuen Kabinetts (Zuruf bei den Kommunisten: „Das Kabinett der Reaktion!“) gelten sollen. Das Kabinett geht in schwerer Zeit an die Arbeit.

duktuelle Wirtschaftsgebiet erreicht und fast 40 Prozent der ober-schlesischen Bevölkerung und über 90 Prozent der industriellen Anlagen an Polen ausgeliefert.

gelingen möge, das wirtschaftliche Verhältnis zu dem polnischen Staate so zu gestalten, daß katastrophale Folgen für die Oberschlesier, für die gesamte deutsche Wirtschaft vorerst vermieden werden, und daß den Oberschlesiern, die aus dem deutschen Staatsverband auszuweichen gezwungen sind, in ihren materiellen und kulturellen Rechten ausreichender Schutz gesichert werde.

geistige und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes kann er nicht zerrücken! (Sechste Zustimmung.) In der deutschen Wirtschaft treten die unheilvollen Folgen dieses ungerechten, mit dem Friedensvertrage nicht in Einklang stehenden Nachspruches bereits unverkennbar in Erscheinung.

in denen sich ja letzten Endes der Stand unserer Wirtschaft widerspiegelt. Noch ist keine Bedrohung für den Festbetrag des laufenden Etats gefunden. Trotz aller Sparmaßnahmen, die auch weiter auf allen Gebieten der Verwaltung gelbt werden soll, bringt doch jeder Tag neue Anforderungen, die, soweit sie unabwendbar sind, befriedigt werden müssen.

werden. (Rufen und Rufe bei den Kommunisten: „Wie wollen Sie das schaffen?“) Eine größere Selbstständigkeit der Staatsfinanzen ist anzustreben.

(Rufen bei den Kommunisten.) Die dazu bestimmten Gesetze werden mit tünlichster Beschleunigung vorgelegt werden. Die Seamtenschaft muß bereit sein, die Erfüllung mit allen Mitteln zu schützen.

erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde. Um allein oder mit anderen sozialistischen Parteien eine sozialistische Regierung zu bilden, dazu sind wir noch zu schwach.

erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde. Um allein oder mit anderen sozialistischen Parteien eine sozialistische Regierung zu bilden, dazu sind wir noch zu schwach.

erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde. Um allein oder mit anderen sozialistischen Parteien eine sozialistische Regierung zu bilden, dazu sind wir noch zu schwach.

erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde. Um allein oder mit anderen sozialistischen Parteien eine sozialistische Regierung zu bilden, dazu sind wir noch zu schwach.

erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde. Um allein oder mit anderen sozialistischen Parteien eine sozialistische Regierung zu bilden, dazu sind wir noch zu schwach.

erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde. Um allein oder mit anderen sozialistischen Parteien eine sozialistische Regierung zu bilden, dazu sind wir noch zu schwach.

erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde. Um allein oder mit anderen sozialistischen Parteien eine sozialistische Regierung zu bilden, dazu sind wir noch zu schwach.

erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde. Um allein oder mit anderen sozialistischen Parteien eine sozialistische Regierung zu bilden, dazu sind wir noch zu schwach.

erklärt, daß seine Partei das neue Kabinett unterstützen werde. Um allein oder mit anderen sozialistischen Parteien eine sozialistische Regierung zu bilden, dazu sind wir noch zu schwach.

Wiederholte im Württemberg

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben:

Das Saargebiet steht im Zeichen der Proteste, Wirtschaftskrise und Mandatsniederlegungen. Die Folgen der Annexionspolitik treten in Erscheinung, freilich anders, als die hohen Herren in Paris erwartet haben. Oder doch nicht? Dann sind sie unfähiger und rücksichtsloser als wir annehmen. Ein Regierungsausschuss, der im Namen des Völkerbundes das Saargebiet administriert, schaltet und waltet, als ob das uralte Kulturland im Saar-Moseltal ein innerafrikanischer Niggerstaat wäre. Kapitel 2, § 23 der Saargebiet-Anlage zum Versailler Vertrag belässt die am 11. 2. 1918 gültigen deutschen Gesetze und Verordnungen (abgesehen von den Kriegsgesetzen) in Kraft. Wenn sie aber abgeändert würden, sollen sich dazu vorerst die „gewählten Vertreter der Bevölkerung“ äußern. Auf dieses „Saarparlament“ wartet die Bevölkerung immer noch! Inzwischen dekretiert und verordnet der Regierungsausschuss völlig autokratisch. Er läßt Abgaben und Steuern erheben, ohne daß die Zahler eine Kontrolle über die Verwendung haben. Unbeglückte Untertanen sind mit der Ausweitung bedroht. Der Regierungsausschuss beseitigt faktisch das gesetzliche Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, indem er sie unter Drohungen zwingen will, ihren Haushalt durch die Einführung von Frankengehältern und -Löhne ruindus zu belassen. Der Versailler Vertrag bestimmt, der Umlauf des französischen Geldes im Saarbecken unterliege keiner Beschränkung. Damit anerkennt er positiv die Marktwährung für unser Heimatland. Der Regierungsausschuss jedoch setzt den Gemeindevormaltungen die Vissole auf die Brust: „Anleihen in Mark gestatte ich nicht. Wenn ihr aber die Gehalts- und Lohnerhöhungen für eure Beamten und Arbeiter in Franken zahlen wollt, verschaffe ich euch Frankenvorschüsse bis zum April nächsten Jahres.“ Was dann? Natürlich soll dann „schmerzlos“ der Frankewährung im Saargebiet Geltung verschafft werden. Zahlreiche Gemeindevormaltungen mehrten sich gegen dieses autokratische Vorgehen, berufen sich auf den Versailler Vertrag. Der Regierungsausschuss bleibt bei seiner Autokratie. Daraufhin hat in diversen Gemeinden schon ein erheblicher Teil der Gemeindevorsteher kein Mandat niedergelegt; bürgerliche, mehrheitssozialistische, unabhängigsocialistische und auch kommunistische protestieren. In der Stadt Saarbrücken ist sich zur Zeit der Konflikt so zu, daß die städtischen Angestellten und Beamten, die ausgedehnten eine Verbesserung ihres Einkommens fordern, wahrscheinlich ausständig werden, da die Stadtverwaltung dem Diktat des Regierungsausschusses, in Franken zu entlohnen, mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt nicht folgen kann. (Mitteltendenz ist der Zustand ausgebrochen. D. Red.) Das autokratische Vorgehen des Regierungsausschusses gegen die städtische Selbstverwaltung erzeugte eine tiefgreifende Seemannigung der Bevölkerung.

Damit der Völkerverbund von der kritischen Lage im Saargebiet einwandfrei unterrichtet wurde, entsandten die politischen Parteien, bürgerliche, mehrheitssozialistische und unabhängigsocialistische Ende September eine Delegation nach Genf. Die Delegierten sind von hervorragenden Angehörigen der Völkerverbundsversammlung empfangen worden, u. a. auch von dem Genossen Branting-Schweden. Ueber die wirklichen Zustände im Saargebiet besanden sich die angekauften Herren in einer manöval herbeizumachen Unkenntnis. Daß die Bevölkerung von dem Diktat des „Saarparlaments“ nichts weiß, daß juristische Ufse unsere bürgerlichen Rechte verhöhnen, davon hörten manche Völkerverbundsvertreter durch die Saardelegation zum erstenmal.

Natürlich war diese Delegation den saarabiih-französischen Autokraten furchtbar unangenehm. Es mußte „etwas geschähen“, um die Saardelegation beim Völkerverbund zu misgreditieren. Zu diesem Behufe suchten sich Stoppengenosien des Regierungsausschusses hinter

Diese mußten ihren Berufsgenossen den Bären aufbinden die Saardelegation trete in Genf für die Beilegung der Frankensöhne der Hüttenarbeiter, Bergarbeiter und Eisenbahner ein! Eine bewußte Unwahrheit, auf politische Kaviolinge berechnet. Zu der Delegation gehörten auch zwei Mehrheitssozialisten und ein USV., auch landbekannte Funktionäre der Gewerkschaften. Selbstverständlich dachten sie nicht einmal im Traum an eine Unterstützung der Lohnverschlechterung. Aber sie schliederten in Genf die saarabische Despoite, verlangten die ehrsliche Beachtung des Versailler Vertrages. Gegen dieses Verlangen nach Demokratie ist nachweislich auf Anregung aus saarabiih-französischen Regierungskreisen von einer Gruppe, die sich fällslich als autorisierte Vertretung der „Großorganisationen“ — Metallarbeiter, Bergleute, Eisenbahner — vorstellten, ein Protesttelegramm nach Genf entsandt worden. Den „Höhepunkt der Demonstration“ bildete ein Umzug von 3000 bis 4000 Mann und eine flammente Rede des kommunistischen Parteisekretärs Herr Walz für die von der Regierung propagierte Frankewährung! Beflagter Walz, nun ein oft geheimer Gast im Regierungsgelände, ist ein überberühmter Mensch. Er wird von der reichsdeutschen Justiz wegen Teilnahme an einem Einbruchsdiebstahl und Unterschlagung eines Saarfassenguthabens verfolgt. Das intime Zusammenwirken dieses Ehrenheilen mit saarabiihischen Regierungskreisen kann nötigenfalls gerichtlich nachgewiesen werden. Seine nächsten Helfershelfer aus Arbeiterkreisen sind geistig beschränkte, der ganzen Tragweite ihres Tuns nicht bewußte Fanatiker. Von der verpufften „Demonstration“ dieser Autokratienfreunde erhielt die Zustandspreffe überschwänglichen Bericht. Die fünf Tage später abgehaltene Gegenversammlung (15. 11. 1921), an der 30 000 bis 35 000 Saargebietler teilnahmen, wurde torgeschwiegen. Durch sie wurde die wirkliche Meinung der Saarbevölkerung offenbart. Auf den Regierungsausschuss machte diese gemaltige Truchtdemonstration den Eindruck, daß — weiter dekretiert wird.

In die ohnehin herrschende Gewitterschwüle hinein platzte am 1. November die Kündigung des Bergwerksartikels durch die internationalen Gewerkschaften. Voriges Jahr hat sie die Bergarbeiter zur Forderung des Grundbeschlusses animieren lassen. Inzwischen verschlechterte sich die Kohlenabfuhr stark. Dieses Frühjahr wurden schon 4 Grants auf die Arbeitslosenzahl reduziert. Die Saarkohlenpreise sind Ende 1919 in Franken zu zahlen; sie werden im Verhältnisse zu dem sinkenden Marktkurs immer höher, schon auch absolute Preismaximale eintraten. Heute steht der Frankenkurs auf 1720 Mark, die Tonnenkohle auf 1100 — 1200 Mark, von der Begehrte 500 — 600 Mark teurer als rechtsrheinische Kohlen! Die Frankenspolitik des saarabiih-französischen Regierungsausschusses hat vollständig Mißschick gemacht. Sie hat eine furchtbare Geldkrise im Saargebiet herbeigeführt. Grund genug, sich gegen die Wenerführung dieser Mißwirtschaft energisch zu wehren. Eine Umwandlung der Frankensöhne in Marklöcher würde die durch die autokratische Herrschaft des saarabiihischen Frankensammlers geschaffene Geldkrise noch weit verschlimmern. Die Bewirtschaftung der Frankensöhne oder bedeutete eine unabhägare Verschlechterung der Kontrakt hunderttausender Arbeiter- und Beamtenfamilien. Die Saarbevölkerung will die Frankensöhne nicht! Die Arbeiter sollen nun haben für die Sünden der Autokratie. Gehört tritte die Gewerkschaften den Arbeitselementen mit, in der neuen Schmachterij müßten die Söhne mindestens um vier Franken täglich gerührt werden. Auf den Halben lägen 700 000 Tonnen unverschuldeter Kohlen! Im Monat Oktober wurde nur in 20 Schächten gefördert, demnach hätten sich die Lagerbestände um weitere 70 000 Tonnen

Frankenspolitik ist nicht mehr zu vertuschen.

Der Franken soll das Propagandamittel für die Frankisierung des Saargebiets sein. Es geht dabei wirtschaftlich zu Grunde. Frankreich verbraucht bitterwenig Saargebietsprodukte, Deutschland kann sie wegen des hohen Frankenkurses nicht kaufen. Der französischen Annexionspolitik zuliebe wird der „Schilling des Völkerverbundes“ wirtschaftlich ruiniert. Was an Sympathien für die westliche Orientierung unter der Saargebietslern bestanden haben mag, heute wird man davon nichts mehr finden. Die Autokratie der Regierung, gestützt auf eine mit dem Versailler Friedensvertrag ebenfalls im Widerspruch stehende militärische Besatzung, arbeitet aber auch der friedlichen Verständigung zwischen Osten und Westen systematisch entgegen. Unsere große Wohnungsnot wird durch die Zugänge zahlloser französischer Beamten nebst Familien und sonstigem Anhang, für die auf Befehl bequemste Unterkunft bereitgestellt werden muß, in traurigster Weise verschlimmert. Die Regierungsaussagen für dieses kleine Gebiet, mit nur etwa 800 000 Menschen, belaufen sich auf mindestens 10 Millionen Francs = 170 Millionen Mark! Eine öffentliche Staatskontrolle gibt es nicht. Von einer Verkürzung der hohen Frankengehälter der allzuvielen Regierungsangestellten ist keine Rede. Beispielsweise erhält die Sekretärin des Präsidenten Kault, Madame Blache, ein Monatsgehalt von 1000 Francs (fast 17 000 Mark). Danach kann man sich die Gehälter der Gottsobersten vorstellen. Ein Industriearbeiter, der im Oktober vielleicht 400 Francs Lohn erhielt, soll 80 Francs Lohnverlust erleiden. Ein Sinken des Frankenkurses bedeutet für die Arbeitermassen neue Lohnverluste. Bleibt der unwahrscheinlich hohe Frankenkurs, oder steigt er gar noch mehr, dann geht der Produktnachfrage noch weiter zurück und unabhägare Arbeitslosigkeit ist die natürliche Folge. In dieses furchtbare Dilemma ist unser Heimatland durch die juristische Autokratie des Regierungsausschusses, dem Sachverwalter der französischen Annexionspolitik, hineingetrieben worden. Die Welt draußen weiß von diesem standalösen Zustand so gut wie nichts. Der annexionistische Propagandadienst täuscht der Welt eine „Zufriedenheit der Saarbevölkerung“ vor. Der Völkerverbund wird durch bestellte „Demonstrationen für die Frankenspolitik“ irre geführt.

Ein neuer republikanischer Lehrerbund.

Einem Aufstuf des neugegründeten republikanischen Lehrerbundes an Volks-, Mittel- und Hochschulen entnehmen die V. V. R. folgende Ausführungen: „Unter dem Druck der jüngsten Ereignisse, die die Völkerverbund bedroht haben, die unterer jungen Republik von innen und außen drohen, und angeführt der Notwendigkeit, durch die Schulen ein neues, mit republikanischem Geist erfülltes Geschlecht heranzubilden, haben sich in Freiburg i. Br. Männer und Frauen des Lehrberufs zu einem republikanischen Lehrerbund an Volks-, Mittel- und Hochschulen zusammengeschlossen. Wir sehen in der demokratischen und sozial gerichteten Republik die einzige Staatsform, die eines gebildeten und selbstbewußten Volkes würdig ist. Sie ist zugleich die einzige, die nach dem Zusammenbruch des alten Systems unferem schwer bedrückten Vaterland den inneren Frieden zu wahren vermag und das nationale Sehnen nach Vereinigung aller deutschen Stämme im großdeutschen Nationalstaat erfüllen kann.“

Wir wollen die heranwachsende Jugend zu sozialem Fühlen und Handeln, zu republikanischem Verantwortungsgesühl und demokratischem Bürgergefühl erziehen, durch unser Beispiel nicht minder als durch unabhägare Wahrsamkeit der Darstellung auf allen Lebensgebieten.“

Wir sind entschlossen, jeder an der Schule sich zeigenden, gegen die demokratische Republik gerichteten Propaganda entgegenzutreten, femme sie von rechts oder von links.“

Auch werden wir Anfeindungen und Schädigungen, die Lehrern oder Schülern aus ihrem Bestimmung zur Republik erwachsen, gemeinsam abwehren. Parteipolitik liegt uns fern. In unserer Reihen ist jeder ohne Rücksicht auf die Partei willkommen, der sich rücksichtslos für demokratischen Republik betimmt. Wir fordern gleichgesinnte Lehrer oder Schülern in Reich und Land zum Beitritt, zur Gründung weiterer Ortsgruppen und zur Führung mit dem Freiburger Lehrerbund auf.“

Zeitschriften werden erditen an die Freiburger Ortsgruppe, Merianstraße 24.“

100% Roman eines Patrioten. Von Upton Sinclair. Amerikanisches Copyright by Knell-Bering, Berlin-Helena. 391 (Kochend verbannt.)

„Ich weiß nicht mehr, was ich glauben soll, jammerte Peter. „Ich kämpfe um den Frieden, um ein Leben, dem Schicksal, denn heute ist es ein Leben zum Überleben.“

„Ich weiß nicht mehr, was ich glauben soll, jammerte Peter. „Ich kämpfe um den Frieden, um ein Leben, dem Schicksal, denn heute ist es ein Leben zum Überleben.“

Deutscher Reichstag.

Am Regierungstisch: Bauer. Präsident Lohse eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation über die Deutschen Werke.

Abg. Hoch (Soz.)

schwert die Entstehungsgeschichte der Deutschen Werke, deren Aktien in Händen des Reiches sind. Die Deutschen Werke haben die Aufgabe, die in ihnen vereinigten 14 Werke, in denen 88 000 Personen beschäftigt werden, auf Friedensarbeit einzustellen. In der Tat ist die Interpellation der Interpellation der Interpellation, die die Fabrikation von Colloidum und Nitrocellulose im Werke „Wolfgang“ eingestellt wird und sämtliche Gebäude und Werkanlagen zerstört werden. Sie fordert, daß ferner in den Werken „Erfurt“ und „Jahresheft“ die Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen, sowie der dazu gehörigen Munition bis spätestens 1. April 1922 eingestellt, und daß im Werk „Spartan“ der geplante Ausbau eines Maschinensalles und die Aufstellung neuer Generatoren unterlassen werden soll. Diese Entensforderungen sind völlig unerschwinglich und bedeuten eine Verletzung des Friedensvertrages. Gegen sollte eine Einheitsfront aller Parteien gebildet werden. Wir stehen vor Monaten der Teuerung und Arbeitslosigkeit. Durch die Entensmaßnahmen müßten allein in den Deutschen Werken 11 000 Arbeiter entlassen werden. Das zunehmende Elend kann das deutsche Volk schließlich nicht mehr ertragen, so daß es zu Verzweiflungskämpfen kommen muß. An unserem Untergang werden auch die Anderen zugrunde gehen. Unsere Gegner sind machtlos, wie es die Weltgeschichte im Kriege waren.

Reichsjahresminister Bauer

stellt fest, daß die Volksharterkommission dem Umbau der Werke zugestimmt hat, damit sie der Volkswirtschaft erhalten werden. Die Regierung hätte nicht so ungeheure Summen in diesen Betrieb gesteckt, wenn sie gewußt hätte, daß nun eine völlig anders lautende Bestimmung kommen würde. Das Werk „Wolfgang“, die frühere Pulverfabrik, ist nicht während des Krieges erworben worden. Das Werk soll nun so grund aufgeräumt werden, nicht nur die Gebäude über der Erde, sondern auch die Eisenbahnlinien, Gas-, Wasseranlagen, Kanalisation usw. (Rufe rechts: Auerhahn!) Die Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen in „Erfurt“ war mit ausdrücklicher Genehmigung der Kommission aufgenommen worden. Von jeder Maßnahme wurde die Kommission verständigt. Es ist unklar, daß in „Erfurt“ Pistolen hergestellt wurden. Es ist nicht auf Vorrat gearbeitet worden. Es lagen so viel Bestellungen aus dem Ausland vor, daß sie nicht befriedigt werden konnten. Es ist unverständlich, wie denkende Menschen zu solchen Maßnahmen kommen. Die Regierung wird alles tun, was möglich ist. Ob die geordneten Maßnahmen durchführbar sind, wissen wir nicht. Die Arbeiter haben nämlich erklärt, sie würden jeden niederschlagen, der die Hand gegen die Anlagen erhebt. (Hört! Hört!) Aber die Entente kennt ja nur ihren Machtpunkt, und wir müssen ausführen, wozu man uns zwingt.

Abg. Erking (Str.) befürchtet weitere Gewaltmaßnahmen der Entente.

Abg. Hartwig (Dnl.) stellt sich auf den Boden der Interpellation. Die Schuld an diesen Zuständen trage aber die Sozialdemokratie, die die Umwälzung herbeigeführt habe.

Abg. Brüllinghaus (Dt. Vpt.): Die Feinde wollen keine Verständigung. Hoffentlich wird sich die Reparationskommission mit den Deutschen Werken beschäftigen.

Abg. Dr. Gothein (Dem.): Wenn wir mit Verhandlungen nichts erreichen, dann müßten wir den Schrei vor der ganzen Welt erheben gegenüber dem Unrecht, das uns angetan wird.

Abg. Brandes (U. S.) weist auf den Sturm der Empörung in der Arbeiterschaft hin, der sich erhob, als bekannt wurde, daß die Deutschen Werke zerstört werden sollten. Der internationale Gewerkschaftsbund müsse eingreifen.

Abg. Maljahn (Komm.) bezeichnet die Empörung über die Zerstörung der Entente als nationalstiftenden Kummel. (Unruhe.)

Im Schlußwort verteidigt Abg. Hoch (Soz.) die Haltung der Sozialdemokratie beim Friedensschluß.

Damit ist die Interpellation erledigt. Es folgt die erste Beratung der neuen Ergänzung zum

Beamtenbesoldungsgesetz.

Abg. Büsring (Soz.) erklärt, daß die mittleren und die unteren Gruppen noch nicht ausreichend berücksichtigt seien. Die Regierung müsse weiter mit den Spitzenorganisationen verhandeln. Er fordert Abschaffung der prozentualen Teuerungsschläge, Ersetzung der Ortszuschläge durch ein Wohnungsgeld und ein Rentnierzusatzgesetz.

Abg. Höfle (Str.) fordert Gewährung von Mitteln an Länder und Gemeinden.

Abg. Bogel (Dnl.) verlangt ausreichende Besoldung auch der Diakone, angemessene Staffelung der Besolde nach der Verantwortung der Beamten, Ausgleich der Ortsklassen.

Abg. Morath (Dt. Vpt.) behauptet die Tragis der Regierung, dem Reichstag nur die Wahl zu lassen, zwischen unveränderter Annahme einer Vorlage oder deren Verögerung.

Abg. Frau Tieg (U. S.) beantragt Erhöhung der unteren Gehälter.

Abg. Dellas (Dem.) vermißt die Betonung der sozialen Gesichtspunkte der dieser Neuregelung.

Abg. Bauer (Wap. Vpt.) kritisiert der Vorlage zu, um den Beamten baldige Hilfe zuzukommen zu lassen.

Abg. Meißner (Komm.) hält die Vorlage in den unteren Stufen für völlig unzureichend.

Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärt, daß das Reich bereit sei, den einzelnen Ländern zur Aufbesserung der Beamtengehälter Vorläufe vierteljährlich zur Verfügung zu stellen.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage wird in erster Lesung angenommen. Gegen die sofortige Kornahme der zweiten Lesung erheben die Kommunisten Widerspruch. (Unruhe und Zwischenrufe: Beamtenfreunde!)

Für Abschaffung der Auslandszölle nach Deutsch-Österreich.

Die demokratischen Abg. Heile, Erlesenz und Gassen fragen die Reichsregierung an:

Der Verkehr mit Deutsch-Österreich, den nach Kräften zu fördern für uns Reichsdeutsche wie für unsere durch das Versäuln Diktat von uns getrennten Volksgenossen gleichermäßen ein dringendes nationales und wirtschaftliches Interesse ist, wird durch lästige Zollschranken unnötig erschwert.

Wir fragen daher: Ist die Reichsregierung bereit, mit der Deutsch-Österreichischen Regierung Abschnitz in Verhandlungen einzutreten, mit dem Ziel, daß im Verkehr zwischen beiden Ländern das Zollschranken abgeschafft und der Handelsausweis beiderseits als genügende Legitimation anerkannt wird?

Das Ende der außerordentlichen Gerichte.

Berlin, 10. November. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Reichspräsidenten, der zufolge die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte, die gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 eingesetzt worden sind, mit Ablauf des 15. November 1921 zu beenden ist. Die Tätigkeit der bei der außerordentlichen Gerichte bestehenden Justizräte wird durch die außerordentlichen Gerichte beendet.

Eisenbahntarifserhöhungen um 50 Prozent.

Neue Tarifsysteme ab Februar 1922.

Der Reichsverkehrsminister hat eine weitere Tarifserhöhung im Güter- und Personenverkehr um je 50 Prozent in Aussicht nehmen müssen.

Es ist dabei beabsichtigt, hinsichtlich der Gütertarife eine organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelform der Tarife zugunsten der für den Bezug ihrer Bedarfartikel und den Absatz der Erzeugnisse ungünstig gelegenen Gegenden, namentlich Ostpreußen vorzuziehen ist.

Die Vorschläge für diese Umbildung der Gütertarife werden dem vorläufigen Reichseisenbahnrat vorgelegt werden. Die Vorarbeiten sind soweit gefördert, daß die neu durchgearbeiteten Gütertarife zum 1. Februar 1922 eingeführt werden können, auch im Personenverkehr wird die Tarifserhöhung vor diesem Zeitpunkt aus technischen Gründen nicht durchgeführt werden können. Die Monate Februar und März des laufenden Haushaltsjahres würden durch diese Tarifserhöhung Mehreinnahmen von zwei Milliarden erbracht werden, so daß noch ein Reibbeitrag von 12,5 Milliarden übrig bliebe. Infolgedessen sieht sich der Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. 12. 1921 ab den Zuschlag von 50 Prozent durch rein technischer Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen.

Die Berliner Presse zum preußischen Regierungsprogramm.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die Berliner Morgenpresse beschäftigt sich mit der Regierungserklärung in Preußen. Der „Vorwärts“ sagt, daß das neue Programm ziemlich genau so aussehe, wie die meisten Programme der alten kleinen Koalition, die wir bisher gehabt haben. Alles, was diese aufgeführte alte Koalition enthalte, seien Dinge, die die Deutsche Volkspartei bisher ganz entschieden nicht gewollt habe. Im Grunde genommen sei das Programm der neuen Regierung ein Mindestprogramm und die Zustimmung zu ihm schlicke eine moralische Bindung in sich.

Das „Berliner Tageblatt“ äußert: Ein Kompromiß ohne Inhalt, ein Kompromiß, das sich weidlich hütet, auch nur das geringste zu versprechen und alles von der praktischen Entwicklung der Dinge erwartet.

Auch die „Vossische Zeitung“ hebt hervor, mit welcher Vorliebe man bei der Ausarbeitung des neuen Programms zu Werke gegangen ist und daß man nicht gleich zu Anfang Probleme zu lösen versucht hat, deren Bewältigung ein längeres gegenständliches Einarbeiten voraussetze. So seien die Aufstellungen des Ministerpräsidenten allgemein gewesen und man habe mit Betonung nur von Richtlinien, nicht von einem Programm gesprochen. Deutlich habe die Rede des Ministerpräsidenten den Kompromißcharakter gezeigt.

Die Reichspressen läßt sich naturgemäß wieder wohl in ihrer maßlosen Kritik, auf deren Wiedergabe wir verzichten, zumal die Hehe der „nationalbewußten“ im Lager der Rechten bei jeder Gelegenheit auf denselben Ton gestimmt ist.

Die Rußlandhilfe der Freien Gewerkschaften.

Das Abkommen zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den Vertretern des allrussischen Roten Kreuzes hat folgenden Wortlaut:

Abkommen

zwischen der Kommission zur Bekämpfung der Hungersnot beim allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitee, im weiteren Kommission genannt, und dem Internationalen Gewerkschaftsbund, im weiteren I.G.B., bezeichnet.

§ 1. In Übereinstimmung mit den Rechten, die die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik dem I.G.B. einräumen wird, errichtet der letztere in Rußland eine Vertretung, um der notwendigen russischen Bevölkerung Lebensmittel, Medikamente und Kleidungsstücke zu liefern.

§ 2. Zur Verwirklichung der erwähnten Aufgaben gründet der I.G.B. in Petersburg eine Zentralstelle unter Leitung des besonders benachteiligten Vertreters.

§ 3. Die nach Rußland einreisenden Mitarbeiter des I.G.B. erhalten für Einreise nach Rußland Sichtvermerke nach den in der R.S.F.S.R. allgemein geltenden Vorschriften. In Rußland erhalten sie Personalausweise vom Volkstreuhandamt des Auswärtigen sowie die Ausweise von der Kommission.

§ 4. Die Russische Sowjet-Regierung gewährt den Mitarbeitern des I.G.B. bei ihrer Tätigkeit in Rußland denselben Schutz und dieselben persönlichen Rechte, wie sie die Mitglieder anderer in Rußland tätigen Hilfsorganisationen (Ara, Deutsches Rotes Kreuz, Rotes Kreuz, etc.) genießen.

§ 5. Die vom I.G.B. nach Rußland gesandten Lebensmittel, Medikamente und Bedarfsgegenstände werden Zoll- und abgabenfrei freigegeben und unentgeltlich und vorzugsweise auf allen Eisenbahn-, Wasser- und sonstigen Kommunikationswegen der R.S.F.S.R. verladen, befördert und ausgeladen. Das Personal des I.G.B. hat bei Ausübung seiner Hilfsstätigkeit ebenfalls das Recht zur vorzugsweisen Benutzung aller Beförderungs- und Verbindungsmittel. Die Listen der abzuladenden Gegenstände werden vom I.G.B. vor der Verladung nach Rußland bei der ausländischen Vertretung der Kommission eingereicht.

§ 6. Die Mitarbeiter des I.G.B. in Rußland erhalten sich jeder politischen Tätigkeit und vermeiden jede Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands.

§ 7. Der I.G.B. hat in Ausübung seiner Hilfsstätigkeit das Recht zur unentgeltlichen Benutzung der Post- und Telegraphen-Verbindungen.

§ 8. Die Sowjet-Regierung verpflichtet sich, dem I.G.B. die für seine Tätigkeit erforderlichen Lager-, Unterkunfts- und Arbeitsräume unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, sowie ihm bei Beschaffung von Brennstoffen und der etwa erforderlichen Hilfsmaterialien die weitgehendste Unterstützung zu leisten.

§ 9. Alle Güter und Gegenstände des I.G.B. bilden sein unantastbares Eigentum.

§ 10. Der I.G.B. bringt seine Tätigkeit in Rußland in jeder Hinsicht in Übereinstimmung mit der Tätigkeit der Kommission sowie der anderen in Betracht kommenden Regierungsstellen.

Zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen der Zentralstelle des I.G.B. in Petersburg und der Kommission entsendet die letztere einen Vertreter in die Zentralstelle.

§ 11. Das vorliegende Abkommen tritt in Kraft, nachdem es vom Präsidium der Kommission und vom Vorstand des I.G.B. in Amsterdam bestätigt ist.

§ 12. Das vorliegende Abkommen ist in zwei Exemplaren ausgefertigt, von denen das eine sich bei der Kommission und das andere bei dem bevollmächtigten Vertreter in Petersburg befindet.

Berlin, den 18. Oktober 1921.

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund:

Aus der Provinz Schlesien.

Bezirksrat der schlesischen Strafanstalts-Aufsichtsbeamten.

Der Bezirksverein Schlesien des Bundes der Gefängnis- und Strafanstaltsaufsichtsbeamten und Beamtinnen hielt am Mittwoch und Donnerstag seinen 5. Bezirksrat im „Artistsgarten“ in Breslau ab.

Der Tagung, die aus allen Teilen Schlesiens besucht war, wohnten als Vertreter der Generallandschaftsversammlung Oberstaatsanwalt Dr. Schreiber und Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roggendorf bei. Außerdem waren Vertreter der verschiedenen politischen Parteien erschienen. Von der Sozialdemokratischen Partei war Landtagsabgeordneter Genosse Theodor Müller anwesend. Die Inspektionsbeamten und Justizwachmeister hatten ebenfalls Vertreter entsandt.

Der 1. Vorsitzende, Oberwachmeister Teuber, begrüßte die Versammelten, insbesondere die obersteinsten Kollegen und wandte sich dann der, jetzt die gesamte Landesbeamtenenschaft so stark bewegenden Besoldungsfrage zu. Er wies auf die großen Ungerechtigkeiten hin, die den Besoldungsgruppen 1 bis 6 widerfahren sind und betonte, wenn diese Vorlagen Gesetz werden müßten, die schlimmsten Folgen zeitigen dürften, denn die Aufbesserung der unteren Beamten erreicht noch lange nicht das Existenzminimum. Um gegen diese ungeheuren Ungerechtigkeiten erfolgreich ankämpfen zu können, muß der gesamte Unterbeamtenkörper einig sein und geschlossen hinter seinen Forderungen stehen.

Die gesamte Unterbeamtenenschaft fordert eine Abänderung der Vorlagen und Festschreibung der Besoldung auf eine Stufe, die das Existenzminimum sicher stellt.

Genosse Müller überbrachte die Grüße der Sozialdemokratischen Partei und betonte dann, daß Arbeiter und Beamtenenschaft zusammengehören, denn gemeinsame Interessen und Wünsche haben sie zusammengeführt. Genosse Müller wies dann auf die sich noch immer breitmachende Kassen- und Schandjustiz hin und hat die Versammelten, als die ausführenden Organe dieser Justiz, Unterstände zu machen, zwischen gemeinen Verbrechern und Leuten, die wegen ihrer politischen Überzeugung in Haft gesetzt werden. Die Staatsanwaltschaft ist nicht immer die objektive Behörde der Welt. Viele Leute sitzen monatelang unschuldig in Untersuchungshaft, während nicht ein einziger Kaperbrecher hinter Schloß und Riegel gelassen hat.

Die Tagung findet am dritten Jahrestag der Revolution statt; sie hat auch den Beamten die Freiheit gebracht, halten Sie durch traurige Organisation zusammen, daß Ihnen die Errungenschaften der Revolution nicht wieder genommen werden.

An den Tätigkeitsbericht des 1. Vorsitzenden knüpfte sich eine längere Aussprache, in der energisch dagegen protestiert wurde, daß Leute, wie Walter und Bischof als Gefängnisbeamte untergebracht werden, solche Elemente, die den ganzen Stand herabziehen und niemals erzieherisch wirken können. Entschieden wurde auch dagegen protestiert, daß pensionierte Beamte noch Dienst tun. Schließlich wurde noch geordert, zur nächsten Bezirksversammlung den Besoldungsbericht einzubringen.

Alsdann erstattete der 1. Vorsitzende Theiler-Berlin einen eingehenden Bericht über alle die wichtigen Fragen, die gegenwärtig die Unterbeamten und auch die Gefängnisaufsichtsbeamten bewegen. Er bezeichnete das Angebot der Regierung in der Besoldung als ganz ungeheuerlich; denn die Not und das Elend der unteren Beamten ist sehr groß. Ungezügelterweise legt man bei ihren Aufbesserungen ihre Friedensgehälter zugrunde, die aber damals schon so ungenügend waren, daß Frau und Kinder mitarbeiten mußten. Gern wollen die Unterbeamten der Not des Vaterlandes Rechnung tragen, wenn sich die gesamte Volksgemeinschaft an diese Pflicht erinnern würde. Die Unterbeamten wenden sich nun nochmals an die verschiedenen Parteien im Parlament und verlangen, ihrer wirtschaftlichen Not Rechnung zu tragen.

Kerner behandelte alsdann alle die vielen Fragen, wie Strafvollzugsreform, das Hilfsbeamtenwesen, Dienstkleidung, Aufstiegsmöglichkeit, Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Beamten usw. Das Ziel der Strafvollzugsreform ist: Los von der Generallandschaftsversammlung. In die führenden Stellen gehören die alten Kollegen, die darauf ein Anrecht haben und alle Dienstzweige genau kennen. Abhilfe muß auch entschieden in dem Hilfsbeamtenwesen geschaffen werden. In vielen Anstalten kommen auf wenige planmäßige Beamte eine große Anzahl Hilfsbeamte, Umbedingt muß das Justizministerium dazu gezwungen werden, sozial planmäßige Stellen zu schaffen, die zur Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit notwendig sind.

Kerner erörterte dann noch die Arbeitszeit der Gefängnisbeamten; insbesondere muß gegen den Antrag protestiert werden, daß Gejüngere den Agrarier die Arbeit leisten, wozu der Staat noch Geld zugeben muß; dann verkaufen die Agrarier ihre Erzeugnisse für Luchterpreise. Man möge die Gefängnisbeamten hinausjagen und lebend bearbeiten lassen usw., aber nicht zulassen, daß sie die Zahl der Arbeitslosen vermehren.

Schließlich verlangte Kerner das Beamtenratsgesetz und dessen Festhalten Zusammenfassung aller Unterbeamten.

Unter den eingegangenen Anträgen sei der von Seeger erwähnte, der die Einstellung so vieler Beamten für den 1. Oktober nicht gefährdet wird; ferner wurde die Abschaffung des Gefängnisstrafverfahrens gefordert.

Alsdann wurden eine Reihe Wünsche der obersteinsten Kollegen zum Vortrag gebracht, die der Vertreter der Generallandschaftsversammlung versprochen, wohlwollend zu prüfen.

Nachdem die Wahl der Delegierten zum 8. Bundesrat nach München erfolgt war, wurde für die Abhaltung des nächsten Bezirksrates Breslau in Aussicht genommen.

Oberwachmeister Teuber schloß die umfangreiche Tagung mit einem vertrauensvollen Ausblick in die Zukunft, die hoffentlich den Unterbeamten das bringt, was sie zum Leben brauchen.

Der Winter im Gebirge.

Der Schlesische Verkehrsverband schreibt uns: Im gesamten schlesischen Gebirge ist der Winter mit Schnee und Kälte eingezogen. In Zillinsberg meldet 9 Grad Kälte, 20 Zentimeter Schneehöhe, gute Schneebahn. In Schreiberhau liegt der Schnee ebenso hoch, 7 Grad Kälte, Schneefahrt gut. In Krummhübel liegt der Schnee 80 Zentimeter, 7 Grad Kälte, prächtige Sportverhältnisse. Die Hängehöhe meldet 5 Meter Schneehöhe, 12 Grad Kälte, gute Schneebahn. Bei der Neuenhellerischen Baude liegt der Schnee 80 Zentimeter hoch, 7 Grad Kälte, vorzügliche Sportverhältnisse. Im Gulegebirge liegt der Schnee noch unregelmäßig, wie die Grenzbaude bei Wüstwaltdorf meldet, doch sind die Waldwege für Schneeschuh und Kadel geeignet. Gute Sportverhältnisse herrschen weiter in Glöcher Gebirge. Wollagrad meldet 50 Zentimeter Schneehöhe, gute Kadel- und Skibahn. Die Schweißerei auf dem Glöcher Schneeburg meldet ebenfalls 35 Meter Schneehöhe, gute Skibahn. Überall herrscht sonnenharter Winter.

Parteilosen und -Genossen!

Gibt Euch Anzeigen in der „Volksmacht“ auf!

Sinner

Backpulver Para-Likör

die allgemein beliebtesten Qualitäts-Marken!

Ein liebes Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am 9. November, früh 3 1/2 Uhr, verschied nach langem, mit unendlicher Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte, herzensgute Frau, unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Anna Franke
geb. Heinzel

im blühenden Alter von 33 Jahren.
Wer die Dahingeschiedene kannte, wird unseren Schmerz zu würdigen wissen.

Dies zeigt schmerz erfüllt an
Breslau, den 9. November 1921
Ottostraße 3

Der tieftrauernde Gatte
nebst 6 Kindern.

Beerdigung: Montag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, vom St. Georg-Krankenhaus, Mehlgasse, nach Oswitz.

In den meisten Fällen
Schmerzloses Zahnziehen!
R. Bartholt, Poststr. 1
1. u. 2. Etage



Konigstr. 10
O. Dehmel, Bernart 45

Möbel
billig geg. Stoffe versch. Zeitg.
F. Dawid, 7945
Friedrich-Wilhelmstr. 9, L.
Eingang Westhof

Wir haben in
November Gede
MÖBEL
aus
HUBNER
Königsplatz 2
1. u. 2. Etg.

Wegen vollständiger Auflösung

unseres Geschäftes veranstalten wir
von **Sonnabend, den 12. November** ab einen

Total-Ausverkauf

unseres großen Lagers in

Galanterie-, Luxus-, Lederwaren
Wirtschaftsartikeln u. Spielwaren

Sämtliche Waren sind noch vorteilhaft eingekauft und werden zu bisherigen billigen Preisen abgegeben.

Gebr. J. Benjamin Schmiedebrücke 12
im ersten Viertel vom Ringe.

Am 9. November 1921 verschied nach langem, schweren Leiden die brave Lebensgefährtin unsere Mutter, Schwester, Tante, Frau

Anna Franke
geb. Heinzel

Der Dahingeschiedenen bleibt auch in unserem Kreise ein ehrendes Andenken bewahrt.

Die Sektion der **Lagerhalter des Konsum- u. Sparvereins Vorwärts.**

Beerdigung: Montag, den 14. November 1921, nachmittags 2 Uhr, vom St. Georg-Krankenhaus, Mehlgasse, nach Oswitz. 8075

Am 9. November verschied plötzlich meine gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

M. Anna Hoffmann
geb. Bartsch

im alterlichen Alter von 87 1/2 Jahren.
Der trauernde Sohn
Hermann Hoffmann

Beerdigung Sonnabend, d. 12. d. Mts. nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle St. Nikolaus, Canal, Innebachs Bergstraße 19. 8075

Lebendiger Mensch und Hülfs-Arbeiter

Am 9. November 1921 verstarb unser langjähriges Mitglied, der Herr:

Wilhelm Joniz
im Alter von 80 Jahren.

Eure weisen Andenken!
Die Ortsverwaltung,
Beerdigung: Sonnabend, den 12. d. Mts. nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle in Postenwitz.

Gemeinnützige Brennholz-Gesellschaft
Breslau (E. G. M. V. G.)

Sonntag, den 21. November 1921, nachmittags 9 Uhr
Breslau, Reichenau, "Wirtschaft", großer Saal
Brennstoffausgabe:

Superausbeutliche Brennholzverteilung

Zusammenfassung:
1. Gehörigster Anteil der Gesellschaft.
2. Entschädigung zu der bisher erfolgten Brennholzverteilung.
3. Rückzahlung der 2, 3, 7, 8, 9, 10 und 11.
4. Zahlung der Gesellschaft.
5. Derzeitige Brennholzverteilung.
6. Beerdigung.

Die gesamte Ausgabe, welche innerhalb 3 Tage vor der Zusammenkunft an den Vorsitzenden der Gesellschaft, Herrn Otto-Gottlieb-Dresdenerstraße, Nummer 114, eingezahlt ist.

Januar der nächsten Ausgabe.
Breslau, am 12. November 1921. 8075

Bereinigte Theater in Breslau.
Sitzplatz: Bad Komar.
Reise-Theater, Tel. 9. 6774. Spezial-Theater.
Sitzplatz: Bad Komar, 7. u. 8. Etage.
Sonnabend, den 11. November, 7 1/2 Uhr abends.
Königsplatz, Ecke II.
S. Einleitung:
„Silhou“.

Lieblich-Kabarett
Tanzpaß u. Weinrestaurant.
Philipp Wegnerstr. — Lafer v. Scomdy
und das große November-Programm.

Herbstvergnügen
der 6. Abteilung im Ballsaal
„Jägerhof“, Gräbenschendstraße 181/183
Sonnabend, den 12. Novbr., abends 6 Uhr.
Ball, Reigenfahren u. Vorträge.
Eintritt einschließlich Steuer: Herren 3.00 Mk., Damen 2.00 Mk.
Um zahlreiches Besuch bitten. Der Vorstand.

NB. Unsere Freunde und Gäste werden wir besonders darauf hin, daß uns am Sonntag vom 13. bis 14. November „Sperrtage“ im Gewerkschaftssaal veranstaltet werden, um einigen früheren „Sperrtagen“ vorzuziehen und mit dem „Herbstvergnügen“ einen „Herbstfest“ zu verbinden.

B. E. Fiedler's Nachf. Ernst Seydel
„Zum goldenen Apfel“ Elisabethstr. 2.
Tel. Ring 3432. Inbetriebnahme des Kinos. 7942
Breslau alter St. Nicolaus, Plätzchen, Flanellen, Lager, 1922, 1923, Sonnabend, Sonntag, Montag.

Für 4 alte Schallplatten
1 neueste
über die beste Beschäftigung für alle
einige Schallplatten mit dem
Musikhaus Meizer, Breslau
Friedrich-Wilhelmstr. 36. 7942

Gewaschen mit
Dixin

Henckels

Haut- und Geschlechts-Kranke
Schnelle und gründliche Heilung von frischen und veralteten Harnröhrenentzündungen, Schenkelkur ohne Berührung nach dem neuen Phorosan-Vorfahren (deutsches Patentsystem) Syphilisbehandlung nach besonderen Verfahren. Blutuntersuchung, Franzosen- und Kunderkrankheiten. Sprechstunden: 9-11 und 3-6. 8076
Heilanstalt Phorosanos Spezialarzt Dr. Rydzak, Breslau, Andlersstraße 18, I. Ärztlicher Leiter:

Der rote Frosch

Wie er hier steht, ist Garantie für Qualität

Ercal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller Werner & Mertz A-G. Mainz.

Kaufen Sie jetzt, dann sparen Sie Geld!
Herrn. Regulus, Groß-Tappan
nehmen Sie sich jetzt billig entgegen der
Sommerzeit, im
Herrn-Bekleidungshaus
Königsplatz 12, gleich am Königsplatz.
Inh.: Hermann Partetzke.

Briefmarken-Spezialhaus
mit Prüfungsstelle, Schußbrücke 7
einziges Spezialgeschäft in Breslau
kauft, verkauft, tauscht, vermittelt und übernimmt Abschlüsse
Briefmarkenfreunde erhalten bereitwilligst jede Auskunft. 7237

Gegen Wanzen, Flöhe u. Läuse
Schnell! mit der besten
Anwendung mit einem
Tropfen auf Kopf und Haar
In 1/2 Stunde
Garantie
Kauf
Kauf
Kauf

Nur noch zu alten Preisen!
Kauf
Kauf
Kauf

Gute einl. Willkommst
3-5 Uhr, Hollestraße 23,
Gartenhaus III, rechts. 18077

Zu kaufen gel.

Alles Rohmaterial
zur Selbstverarbeitigung
zu kaufen gelast. von
Adolph Sailer, Breslau
Reas Tafelstraße 5.

Spiralbohrer
W. S. und S. S. bis 30 mm,
konisch und cyl. bis 10 mm,
kauft jedes Quantum und
erhält Preisangebot 17990

August Ströter
Heiligenhaus (Breslau).

Zum Verkauf
Verkaufe
Sonnabend, nachm. von
2 bis 6 Uhr, in meiner
Wohnung Opitzstr. 11, II
aus einige neue
Anzüge und Älfen
zu billigen Preisen
J. Lengs.

Damen u. Herren-Jahres-
mäntel, Freil., verkauft billig
Freiburgerstr. 16, im Laden.
Sehr günst. Kaufangebot!
1. Haus Kaufstr., 78000 Mk.,
12. Haus, 30000 Mk., 19. Haus
13. Haus, 150000 Mk., 15. Haus
16. Haus, 35000 Mk. Anzahl.
zu best. Offerten und F. 244
a. b. Geldstr. d. Sig. 8073

Arbeitsmarkt
Möbel-Tischler
für Schiffsmontage nach Hamburg

sofort gesucht.
Tariflohn 1. Klasse und mindestens 50 Mk. Tages-
auszahlung. — Arbeitsdauer vorläufig fünf Monate.
Sämtliche Eisenarbeiten frei.
Hermann Freyboth, Dresden
Rosentstraße 107. 8072

Schneidergesellen u. Mädchen
zu Mädchen, auf Woll und Seide, sucht
Bosack, Enderstraße Nr. 1, II.

Saubere Strickerin
für 4 und 5 Arbeit
welche sich nachmittags 3 bis 4 Uhr
Finkelstein, Strumpf-Fabrik
Grüßstraße 5, ptr. 8066

20 Frauen und
Hofmann herinnen
Hofberg, Cienlestraße 21.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. November.

Sozialdemokratischer Verein.

Sofale und Redner zu den am Montag, den 14. November, stattfindenden

Distriktsversammlungen

werden in der morgigen Nummer bekannt gegeben. — Genauste Beachtung ist dringend notwendig.

Parteiliche! Wegen dringlicher Behinderung des Genossen Dr. Hamburger muß heute Freitagabend der Kurs ausfallen. Nächste Stunde, wie üblich, wieder Dienstag.

Wohnung, Arbeiterjugend-Funktionäre! Morgen abend 7 1/2 Uhr: Führerratung im Zimmer des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Heimfrage. 2. Heilweihnachtsfeier. 3. Gesamtheimweihnachtsfeier. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Stadterordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung war von erstklassiger Höhe. Dabei wurde die ganze Tagesordnung erledigt, bis auf einen Punkt, den Abschluß der Stadthauptliste für 1920, der wohl wegen der Abwesenheit des Räumers nicht zur Verhandlung kam. Aber auch eine dringliche sozialdemokratische Anfrage über das Schicksal der Aristenschule kam nicht zur Besprechung, da Oberbürgermeister und Stadtschreiber nicht zur Stelle waren. Schließlich wurde auch bemerkt, daß der liberale Professor Wollmann ganz ausnahmsweise einmal fehlte, der sonst zu jeder Vorlage etwas Wichtiges oder weniger Wichtiges zu sagen hat, jedoch eine große Anzahl von Reden ungehalten blieben. So kam es, daß schon zehn Minuten vor Neun Uhr die Sitzung ihr Ende fand. Eine etwas lebhaftere Auseinandersetzung hatten die Genossen Burgund, Datz und Wolff mit Herrn Stadtrat Jungfer als Deponenten der Gartenverwaltung, über die Zugelung des Betriebsobmannes zu den Sitzungen der Gartenverwaltung, die nun hoffentlich dahin führen wird, daß vom Magistrat eine befriedigende Regelung der ganzen Frage erfolgt, nachdem sich die Zugelung der Betriebsobleute, wo sie bisher erfolgte, überall bewährt hat. Auch mit Stadtbaurat Berg gab es ein kleines Geplänkel, ehe die Kosten der Entwürfe für ein Gedächtnisblatt bewilligt wurden, dessen Ausführung die Verwaltung neulich abgelehnt hat. Die Vorlage auf Vergabung von Randalern und Wästen zu Kellamzwecken wurde nach erfolgter Aussprache nochmals an den Ausschuss verwiesen.

Die Stadt hatte beschlossen

Randalern und Wästen zu Kellamzwecken

zu vermieten und war mit Herrn Hindlay in Verbindung getreten, der ein Projekt ausarbeitete und ein Angebot abgab. Die Ausschüsse 1 und 2 hatten zu der Frage Stellung genommen und waren der Meinung, die Vergabung dieses Kellamzwecken öffentlich auszusprechen zu lassen. Stadtschreiber (Str.) und Bandmann (Soz.) begründeten ausführlich die Ansicht der Ausschüsse. Vom Magistrat wurde geltend gemacht, daß man Herrn Hindlay die Übertragung des Kellamzwecken so gut wie versprochen und er daraufhin auch erhebliche Ausgaben gemacht habe. Die Stadtschreiber (Dem.) und Schönfelder (Dem.) betonten, daß die Angelegenheit eile, da die Kellam bereits zu Weihnachten werden sollte, und hatten, die Vorlage nach einmal den Ausschüssen zu überweisen. Der Antrag gab die Verammlung statt.

Bei der Ernennung des Leiters der Gartenverwaltung als Mitglied der Gartenverwaltung erklärte Stadtschreiber (Soz.), daß die Fraktion die Zustimmung nur auf die Zugelung des Magistrats hin gegeben habe, daß auch die Betriebsobleute zu den Sitzungen in Zukunft eingeladen werden. Stadtrat Jungfer hatte bisher die künftige Teilnahme des Betriebsobmannes bei der Gartenverwaltung abgelehnt, weil er laut einer Magistratsverordnung aus dem Jahre 1888 sich dazu nicht berechtigt fühlte. Der Magistrat wird in einer seiner nächsten Sitzungen sich mit dieser Frage prinzipiell beschäftigen.

In einer der letzten Sitzungen hatte die Verammlung die Schaffung eines Gedächtnisblattes

für der Stadt geleistete Dienste abgelehnt. Gekört stand der Magistratsantrag zur Deckung der Kosten für die Entwürfe dazu zur Verhandlung. Stadtschreiber (Str.) empfahl die Vorlage überhaupt abzulehnen, während Stadtschreiber (Soz.) Gnade für Recht geben wollte und diesmal die Annahme empfahl. Stadtschreiber (Soz.) betonte, daß der Magistrat gut getan hätte erst mit dem Projekt zur Schaffung eines Gedächtnisblattes an die Verwaltung heranzutreten. Daß diese Vorlage wahrscheinlich abgelehnt worden wäre, hätte man sich die Kosten für die Entwürfe überhaupt sparen können.

Die Vorlage zur Bildung des Steueraussschusses zur Veranlagung der Gemeinde- und Gemeindefreier wurde auf Antrag Bandmann (Soz.) nach einmal dem Ausschuss überwiefen, da unsere Partei über die Zusammenfassung des Ausschusses wesentlich anderer Ansicht ist, als der Magistrat.

Der Bau von acht neuen Anhängewagen für die Städtische Straßenbahn aus dem Erlös von vier an die Volk verkaufte Motorwagen wurde beschlossen. Die Wagen sollen in der eigenen Werkstatt der städtischen Straßenbahn hergestellt werden.

Ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats zur Veränderung des Fluchtlinienplanes für den Straßenkurs westlich der Zeppe-Strasse sowie für Abegg- und Zeppe-Strasse wurde den Ausschüssen 4 und 5 überwiefen. Das Land dieser Strassen soll als Lagerplatz der Montangesellschaft verkauft werden, die dort große Mengen oberirdischer Güter verlagern will.

Angenommen wurden u. a.: Die Neupflanzung der Schmelzbrücke zwischen Messergasse und Ursulinerstrasse; der Bau von Kanälen in der Kleinhebung Höpeltweg; die Wahl eines Leiters des Jugendheimes als Mitglied der Deputation für Jugendförderung; und die Fortsetzung der Lebensversicherung zu der Sammelversicherung gegen Brandblößen.

Schluß der Sitzung nach 17 Uhr.

* Ernestine Hirt-Stiftung. Die Jünger der Ernestine Hirt-Stiftung, bestimmt zur Unterstützung bedürftiger Lehrerinnen Breslaus, sowie in Breslau bedürftiger Lehrerinnen, Lehrerinnen, Lehrerinnen oder Lehrerinnen, werden alljährlich am 6. Februar, dem Geburtstag der Frau Ernestine Hirt, vertriebt. Verantwortlich werden diejenigen Witwen und Waisen, die in Breslau wohnen und deren Ehemänner oder Väter im Breslau verstorben sind.

Reichsversorgungsgesetz und Hinterbliebene.

Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 brachte den deutschen Opfern des Weltkrieges, Beschädigten und Hinterbliebenen, was nicht die Erfüllung aller Forderungen, jedenfalls aber eine ganz bedeutende Erhöhung ihrer vorher meist unzureichenden Bezüge. Das Gesetz, das mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getreten ist, konnte aus verschiedenen Gründen erst Frühjahr 1921 richtig in Vollzug gesetzt werden. Schon lange vorher wurde jedoch alles daran gesetzt, um wenigstens den Hinterbliebenen, die am schwersten unter der Not der Zeit litten, die Vorteile des neuen Gesetzes möglichst bald zuwenden. Schon am 1. Mai 1920 wurde zu ihren alten Gehältern ein laufender Teuerungszuschlag (40 v. H.), vom 1. August 1920 an eine weitere, nach Ortsklassen abgestufte, laufende Teuerungszulage (bis zu 70 v. H.) gewährt. Bedürftige Hinterbliebene konnten auch durch die für sie vorgesehenen Vorläufige auf die ihnen nach dem Reichsversorgungsgesetz zustehenden, erhöhten Bezüge erhalten. Eine durchgreifende Maßnahme stellte der Erlass des Reichsarbeitsministers vom 28. Oktober 1920 dar, der hauptsächlich für Witwen und Waisen eine beschleunigte vorläufige Umanerkennung ermöglichte. Da die endgültige Umanerkennung (b. i. die Ueberleitung der alten Bezüge in Gehälternisse des Reichsversorgungsgesetzes meist längere Vorarbeiten erfordert, wurden einwweilen in einem vereinfachten und abgekürzten Verfahren, in dem für sie vorgesehenen und Versorgungsbehörden zusammen wirkten, die notwendigen Feststellungen getroffen und die Fälle nach ihrer Dringlichkeit geordnet. Dann legte das Hauptversorgungsamt die neuen Bezüge umgehend fest und wies sie zur ungekürzten Zahlung an. In Zweifelsfällen wurden wenigstens die Beiträge gewährt, die den Berechtigten unter allen Umständen zustanden.

Nun ist das Geschäft der vorläufigen Umanerkennung der Hinterbliebenen im großen und ganzen beendet. Daneben hat bereits die endgültige Umanerkennung der Hinterbliebenen einmündlich mit dem Erfolge, daß heute insgesamt weit über 800 000 Hinterbliebene, bei es vorläufig, bei es endgültig, um anerkannt sind und sich der Bezüge des neuen Gesetzes erfreuen können.

Den Hinterbliebenen solcher Militärpersonen, deren Dienstleistung vor dem 1. August 1914 beendet worden ist, also insbesondere den Opfern der früheren Kriege, bringt das Gesetz ein neues Recht vom 18. Juli 1921 die Vorteile des Reichsversorgungsgesetzes. Durch einen Erlass des Reichsarbeitsministers vom 25. August 1921 ist Vorsorge getroffen, daß diese Hinterbliebene, die oft wirklich zu den Ärmsten zählen, vom 1. Oktober 1921 an vorläufige Bezüge erhalten können.

Die zur Rente gewährten Zulagen nach dem Reichsversorgungsgesetz.

Die Ausgleichszulage dient einer gewissen Berücksichtigung des von dem Beschädigten vor seiner Einziehung ausgeübten Dauerberufs. Sie beträgt 25 v. H. der Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage, wenn der Beschädigte vor dem Eintritt in den Militärdienst einen Beruf ausgeübt hat, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert. Erfordert ein derartiger Beruf nach ein besonderes Maß von Leistung und Verantwortung, so wird die Ausgleichszulage auf 50 v. H. der genannten Gehälternisse erhöht. Die Ausgleichszulage wird näher erläutert durch die Verordnung vom 1. September 1920. Diese läßt erkennen, daß die überwiegende Mehrheit aller Rentenempfänger, darunter alle gelehrten Arbeiter, die einfache Ausgleichszulage erhalten werden. Grundrente, Schwerbeschädigtenzulage und Ausgleichszulage zusammen bilden die Vollrente im Sinne des Reichsversorgungsgesetzes bei Erwerbsunfähigkeit. Abzüge erhalten die Vollrente ohne Rücksicht auf ihre Erwerbsfähigkeit.

Die Hinterzulage wird nicht nur für eheliche Kinder, sondern unter gewissen Voraussetzungen auch an Adoptiv-, Stief- und Pflegekinder und an uneheliche Kinder gewährt.

Sie beträgt 10 v. H. der Vollrente.

Zu diesen Sätzen tritt zum Ausgleich der örtlichen Verhältnisse, jeiten in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Rentenempfänger die Ortszulage. Sie ist entsprechend der Klasseneinteilung des Beamtenbesoldungsgesetzes abgestuft und beträgt zurzeit für die Ortsklasse A 35 v. H., für die Ortsklasse B 30 v. H., für die Ortsklasse C 20 v. H., für die Ortsklasse D 10 v. H.

Für Orte in Ortsklasse E ist eine Ortszulage nicht vorgesehen. Eine Pflegezulage tritt hinzu, solange der Beschädigte infolge der Beschädigung so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Hilfe und Wartung bestehen kann. Sie beträgt 600 Mark und ist bei dauerndem Krankenlager und außergewöhnlicher Pflege auf 1000—1500 Mark zu erhöhen.

In allen Versorgungsgebühren wird eine Teuerungszulage gewährt. Sie beträgt 25 v. H. seit 1. Januar 1921 35 v. H. Eine weitere beträchtliche Erhöhung ist in Aussicht genommen.

Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage nach dem Reichsversorgungsgesetz.

Die Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz erfolgt wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer

Dienstbeschädigung. Sie setzt einen Antrag voraus. Ihr Schwerpunkt liegt wie bisher in der Rentenversorgung. Die Bemessung der Rente weicht in verschiedenen wesentlichen Punkten von dem bisher geltenden Recht ab. Der Unterschied zwischen Dienstbeschädigung und Kriegsdienstbeschädigung ist aufgehoben, die Abgrenzung der Rente nach dem militärischen Dienstgrad beseitigt.

Die Höhe der Rente bemittelt sich in erster Linie nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit. Die Rente beginnt, abweichend von dem bisher geltenden Recht (10 v. H.) erst bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 15 v. H., für die aber 20 v. H. der Grundrente zugestanden werden, wie überhaupt die Rente stets auf volle 10 v. H. abgerundet wird, da das Gesetz die Minderung der Erwerbsfähigkeit von 14 zu 10 v. H. stufte und mit einer Rente von 480 Mark bei 20 v. H. beginnt.

Bei voller Erwerbsunfähigkeit beträgt die Rente 2400 Mark. Neben dieser Grundrente wird bei Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 v. H. oder mehr eine Schwerbeschädigtenzulage gewährt. Sie bringt eine bessere Hilfe, als die frühere Verfallminderungszulage, denn sie wird nicht mehr lediglich nach äußeren Wertmaßstäben, zum Beispiel dem Verlust eines Armes oder Beines, bemessen, sondern ist dem Grade der Erwerbsbeschränkung angepaßt. Sie wächst mit der Minderung der Erwerbsfähigkeit und beträgt bei 50 v. H. jährlich 150 Mark und bei voller Erwerbsunfähigkeit 900 Mark.

Bei schwerer Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit wird eine Rente auch dann gewährt, wenn keine oder eine geringere Erwerbsminderung vorliegt. Diese sogenannte Verfallsrente wird hinsichtlich ihrer prozentualen Bemessung einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 15 bis einschließlich 50 v. H. gleichgestellt.

Erwerbsbeschränkungen von nicht mehr als 10 v. H. spielen im wirtschaftlichen Leben eine so geringe Rolle, daß das Reichsversorgungsgesetz sie nicht mehr berücksichtigt. Solche Renten werden nur bis zum 31. 12. 1920 gewährt. Von da an wird eine einmalige Rente in Höhe des dreifachen Jahresbetrages gewährt.

Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage erfahren eine im allgemeinen nach Hundertteilen berechnete wesentliche Erhöhung durch das Hinrenten- und Zulagen-, die in einem späteren Aufsatze besprochen werden sollen.

Kriegsbeschädigte!

Ausschneiden!

Unterbringung der Versorgungsbehörden in Breslau.

Das Hauptversorgungsamt Breslau befindet sich im Bürgerwerder, und zwar in der Kaiserstr. 5, Abteilung I (Verwaltungshauptabteilung), von der neben der gesamten Verwaltung auch Veranlagung und Besuche in Renten- und Hinterbliebenenachen, ferner Kapitalabfindung bearbeitet werden.

In der Kaiserstr. 6, Abteilung II (Versorgungsabteilung), von der alle übrigen Versorgungsangelegenheiten (z. B. die Renten- und Hinterbliebenenversorgung, Zivilversorgung und Anst.-ungshilfe, Offizier- und Kapitulantenschiedscheidung) bearbeitet werden. Ferner befindet sich in der Kaiserstr. 6 die Abteilung III (ärztliche Abteilung), die unter anderem in Heilfürsorgeangelegenheiten zuständig ist, in der Kaiserstr. 4 die Abteilung IV (Regelungsabteilung) früher Versorgungsregelungsbehörde Nr. 16.

Das Hauptversorgungsamt ist unter den Fernsprechnummern Ring 7115—7119 zu erreichen. Sprechstunden des Hauptversorgungsamts: 11—1 Uhr vormittags.

Alle Personen, welche in dienstlichen Angelegenheiten den Direktor zu sprechen wünschen, wollen sich zunächst wenden:

in allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten nach Kaiserstr. 5, Zimmer 9, in Rentenangelegenheiten nach Kaiserstr. 6, Zimmer 42a, in ärztlichen Angelegenheiten nach Kaiserstr. 6, Zimmer 10, und in Regelungsangelegenheiten nach Kaiserstr. 4, Zimmer 3.

Vom Versorgungsamt I, Breslau, für den Stadtdistrikt Breslau zuständig, werden die Rentenangelegenheiten der Buchstaben A, B, D, E, F, G, H, J, N, O, Q, R, S, T, V, W, X, Y Ohlaustr. 45a.

Die Rentenangelegenheiten der Buchstaben C, M, P, R, U, Z im Bürgerwerder, Kaiserstr. 4, Zimmer 28—30, und die Rentenangelegenheiten der Buchstaben K, L, S im Bürgerwerder, rotes Kammergebäude, bearbeitet.

Ferner werden im zuletzt genannten Gebäude die Angelegenheiten der Hinterbliebenen erledigt.

Die ärztliche Abteilung des Versorgungsamtes I befindet sich Dominikanerplatz 11/13 im 3. Stad.

Das Versorgungsamt I Breslau ist unter den Fernsprechnummern Ring 2490 und 5522 zu erreichen. Sprechstunden für das Publikum von 11—1 Uhr.

Das Versorgungsamt II Breslau, für den Stadtdistrikt Breslau zuständig, befindet sich Matthiasplatz 21 und ist unter Fernsprechnummer Ring 7898 zu erreichen. Sprechstunden von 11 Uhr vormittags.

Es wird den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in ihrem eigenen Interesse geraten, sich mit allen Wünschen und Beschwerden zunächst an das für sie zuständige Versorgungsamt zu wenden.

Konzerte.

Sokkaldierabend des Volkshors Breslau.

Wenn der Volkshor Breslau an zwei Abenden hinterherander noch einem ausverkauften Haus singen kann, so ist das, rein zahlenmäßig genommen, ein Erfolg, auf den er mit gutem Recht stolz sein darf. Wenn es sich aber außerdem an diesen beiden Abenden erweist, daß langgestreckte, kunstbegeisterte Kräfte unter einem sachkundigen, Frau Musik mit Leib und Seele angehörten, dann ist das ein Erfolg, der nicht nur die Freude der Dirigenten in relativ kurzer Zeit sich so weit entwickeln können, daß sie die kostbarsten Werte unseres Kulturlebens, das deutsche Volkslied, in edelster Fassung darzubieten imstande sind, so ist das nicht ohne bloß ein „Erfolg“, sondern geradezu eine künstlerische Großtat.

Von dem Programm kann man nur sagen, daß hier eine feinsinnige Hand aus dem unversehigten Horn mit reinem Sinn und mit dem frommen Glauben an die Wunderkraft des Guten, des Absoluten, nicht bloß tendenziös Wertvolles, geschöpft hat. Das „Volksliedbuch“ sowohl in seiner Ausgabe für gemischten Chor wie auch für Männerchor, birgt als eine einzig in ihrer Art dastehende Sammlung Stoff für hundert solcher Veranstaltungen. Um der Monotonie zu fliehen, wird in kluger Voraussicht für Klangwechsel — gemischter Chor, Frauenchor, Männerchor, Solostimme und Klavier — gelogt worden. Alle Glieder dieser reichen Kette aber waren durch das gemeinsame Merkmal wahrer Volkstümlichkeit unter- und miteinander in Beziehung gesetzt. Einzelnes herauszuheben wäre ein undankbares Unterfangen. Man kann ruhig sagen: es hätte ein Treffer dem anderen. Gleichmäßig war allen Chören die liebevollste Sorgfalt im Einstudieren vorausgegangen. Alle Chöre waren auf weichem, lockeren Stimmansatz gestellt, auf vollkommene Reinheit, auf klargestimmten Wohlklang gepulst und für gut befanden. Auch polyphonem Frischen wie in „die Schifferin und der Ruchel“ weiß der Chor mit Glanz zu Reize zu gehen. Daß gerade „Der Schneider“ Jahrestag wiederholt werden mußte, hatte diese Nummer wohl speziell ihrer dramatischen Komik zu danken. Verdient hätten sie es alleamt. Aber dann wäre der Abend noch

Vollstlicher mit so schlicht-herzlichen, liechem Ausdruck, mit so geistvoll-warmem Tonfall, daß sie sich nur durch eine Zugabe kostaufen konnte. Das Hauptverdienst an dem Gelingen dieses leicht bereichernden Abends aber gebührt zweifelsohne Otto Burkert, dessen ehler Eifer uns noch eine weitere köstliche Ernte verheißt.

Vollstliches Konzert des Männer-Gesang-Vereins „Liederfels“.

Entsprechend der Signatur „vollstliches Konzert“ hatte der Männer-Gesang-Verein „Liederfels“ einen hünen Kranz vollstlicher Weisen aufs Programm gelegt, hofflich wie inhaltlich gruppeweise gebunden durch die Motive: Heimat und Volkslied, Ab-gied und Wandern, Liebesleid und Freud, also kein launenhaftes Potpourri, kein Konglomerat beliebiger Repertoirenummern, sondern eine durch eine künstlerische Idee gebändigte systematische Anordnung. Diese Zusammenstellung läßt die Fähigkeit durchzuführen, und tatsächlich erweckte Anton Schinl bei der Arbeit mit seinen zwar spärlichen — ich schätze auf circa 30 Sänger — aber gut disziplinierten Männern den sympathischen Eindruck eines Musikstills, Einigkeit und Energie glücklich verbindenden Charakterens. Die möglichst plastische Herausarbeitung des musikalischen Gehaltes schenkt Anton Schinl am meisten am Herzen zu liegen. Dynamische Gegenätze werden scharf herausgemeißelt, mitunter sogar übertrieben klar, wie in „Süßes Lied“ gelungen. Eine sorgfältige Deklamation kommt der Verständlichkeit weit entgegen. Die tonliche Ausbildung ist gefördert, aber auch nach vernachlässigbar: so geben die ersten Tenöre der Höhe noch mit einer zu naturalistischen Herzhafigkeit zu Reibe. Das Bassolo in „Meine Mutter sprache“ war einer für diese Zwecke wenig geeigneten, weil teillos trockenen Stimme überantwortet.

Elisabeth Schinls Einzelgaben waren auf das Abwechslend abgestimmt. In ihrem zu freiem Anschlag und gleichmäßiger Sauerheit erzeugenen Rezitationsformel liegt etwas Gewandenes, Anheimelndes, das sich, da das Organ nur Minimalformel besitzt, am wirksamsten in Liedern bester Volksmusik

Der Hofentwärtler.
Sonntags 7 1/2 Uhr:
Die Heldenreise.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Heldenreise.
Die Heldenreise von Hildebrandt.
3. Akt. Kein Kartonsverkauf.
Montags 7 Uhr: Mignon.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2544.
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Wenn Liebe erwacht.
Montags nachm. 3 1/2 Uhr:
Erdbeerkuchen. **Emmy Carr**
Rascottégen.

Circus Busch
Herbst-Spielzeit.
Nur noch 5 Tage!
„Welter großer Teich“
Die ausgezeichnete
Manegeschau.
Vorverkauf: Barock
und Circuskasse.

Ringkämpfe
Strohleier Tor
Luna-Säle
Erstakt, links E. Rosenstraße.
Heute Freitag ringen:
Gehrmann, Spangenberg
Maström, Lehmann.
3 große Kämpfe:
Klenschner, Berlin
Johnsen, Liban.
Die drei Stages: 1. 10:00 Uhr.
Saff-Petrowitsch
Hawitschek, Inghelmer.
Karsch, Schwabitz.
Vor A. Hauptmann.
Sauf get. gewährt.
Am 14. Sonntag 8 Uhr.

ODEONKINO
Ab Freitag, d. 11., bis Montag, d. 14. November:
Der große Sensations-Detektiv-Film
„Das Souper um Mitternacht!“
5 Akte mit
Dr. Hans Winkelmann, Sybill Morel
und Hans von Schlettow.
Außerdem:
Das Haupt der Medusa
Franz Höbeling u. Magda Sonja.
Drama in 4 Akten.
Des großen Andranges wegen ist der Besuch
der Nachmittags-Vorstellungen sehr erwünscht.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
November-Programm.
Dominikaner!!!
Täglich Punkt 7 1/2 Uhr
A. Wagners
Schles. Volksänger
Große, neues
Familien-Programm.

PALAST Theater
Der Roman-Operette:
Der zeugende Tod
nach dem gleichnamigen
Roman von Emil Fiecher
gewalt. Problemfilm über
das Thema:
**„Kinderlosigkeit
od. Muttertöten“**
In der Hauptrolle:
Louise Labberg
Hermann Vallentin
Tilla Doro
4 Akte. — Dazu:
Grete Ly
in dem beliebten Situationsstück
Die Männerfreundin
Die Geschichte eines
moralischen Weibes
nach dem Motiv:
Dieb u. Weib
5 Akte.

ZEPHYR-KINO
bis Montag!
Stuart Webbs
gegen den
Großen Chef
das Oberhaupt der Sektierer. 6 Akte.
Reinhold Schünzel Westa
Die Paradiesnacht. 4 Akte.
Montag 11. Teil: Webbs
mit der Großen Chor: Die Schwachköpfer.
Start Freitag bis Montag, 4 Uhr
Kinder-Vorstellung mit allen neuen
Programmen.

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER
DK
In beiden Theatern! Uraufführung für Schlesien!
Im Kerker 1 Stunde vor dem Tode
nimmt Friedrich Müller seinem Sohne Stephan folgenden Schwur ab:
Der Eid des Stephan Müller
oder:
Der Schwur im Gefängnis
bis 12 Akte.
Dieser Film ist seit
vor einem Monat aus
begehrtesten
Hauptdarsteller
Henry-Wilke-Brun
Est. Eva, Carl de Vogt
und **Martha Lehn**
Die Hauptdarsteller
von
König v. Preußen.

DER ANBUNDUNG WÄRST!
2. Woche verlängert!

Lichtspiele Ein Monumental-Sittenbild!

Sie werden auf die Folter gespannt

wenn Sie nicht am selben Abend nach dem spannenden I. Teil den zweiten sehen, der alles übertrumpft, was man gewöhnt ist, im Sittenbild zu sehen. 9129




Hafenlore

In der Hauptrolle:
Marie Zelenka

Aufsehen erregende
Enthüllungen
geheimer Laster
verschwiegener
Hamburger
Matrosenkneipen.

Was die Presse schreibt:
„Hafenlore“ leuchtet hinein in intime Schattwinkel, in die doppelte Moral, in der sich scheinbare Ehrbarkeit in einem wilden Sturzstapel auflöst. Ein Bild für und gegen die Kaserierung der Prostitution —

Ein Kampf gegen falsche Moral
12 Groß-Akte
2 Teile
in einem Programm!
Beginn 3 Uhr!
Einlaß 2 Uhr!

Heinrichstraße 21 **Lichtspiele** Moitkestraße

Der exotische
Prunk-Sittenfilm

Perle des Orients

bringt neben blendender Ausstattung eine wuchtige Handlung. Vereinigt

Kanonen

der deutschen Filmkunst
Viggo Larsen
Carola Toelle
die rassistige Schönheit
Manja Tzatschewa.

Im Belprogramm:
Henny Porten
im Monumentalschauspiel
Monika Vogelsang.

Des großen Andranges wegen verweisen wir auf die Nachmittags-Vorstellungen
Einlaß 3 Uhr, Sonntags 2 Uhr.

ZEPHYR-KINO
bis Montag!
Stuart Webbs
gegen den
Großen Chef
das Oberhaupt der Sektierer. 6 Akte.
Reinhold Schünzel Westa
Die Paradiesnacht. 4 Akte.
Montag 11. Teil: Webbs
mit der Großen Chor: Die Schwachköpfer.
Start Freitag bis Montag, 4 Uhr
Kinder-Vorstellung mit allen neuen
Programmen.

KW
Kaiser Wilhelm Theater
Gartenstraße 55.
Von Freitag bis Montag
nur 4 Tage!
Harry Piel
in dem schillernden
waghalsigen Abenteuer
mit Camilla Meyer
6 Doppel-Akte
Eine wilde Harem
in glänzender Inszenierung
mit Wilhelmine Burghard
und Ida Lorenz.

Lichtspiele
Westendstraße 50, 52.
der deutsche
Schwergewichts-Meisterboxer in **Held des Tages**
welcher ausschließlich in Breslau (Kaiserbrücke, Circus Busch,
Alt- und Neu-Breslau) aufgenommen wurde. 7 sensationreiche Akte.
in Plauen i. V. 1921
4. A.-Sp.-V. 1921
auf der neuerrichteten
Auto-Rennbahn.
Freitag bis Mittwoch, 3-4 Uhr: In der Kinder-Vorstellung:
Lederstrumpf II. Teil: Der letzte Mohikaner.

Hans Breitensträter
3 gewaltige Sport-Erstanführungen für Breslau-West!

Lichtspiele Haus
Junkerstraße 38
Eine Schillerstraße


In beiden Theatern
täglich 3 5 7 9 Uhr
Uraufführung

Brillantenmieze

Der gewaltigste deutsche Sittenfilm

Aus dem Inhalt:
Heimliche Freuden d. Lebewelt — Weindielen und Tanzböden, großstädtische Lasterstätten — Mädchen der Nacht — Brillantenmarder an der Arbeit — Kavaliere in Anmierkneipen — Die Königinnen der Halbwelt.

2 Teile — 12 Akte
in jeder Vorstellung
Außerdem:
Nobody 7. Episode:
Nobody's Vergangenheit.



Außerdem in beiden Theatern: Die neue Variétéshow!

MK
Matthiasstraße 38
u. Moitkestraße 9